

32. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Freiburg, 19.-21. November 2010



Beschluss

Feste Fehmarnbelt-Querung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung auf, von der Möglichkeit des Artikels 22 des Staatsvertrags Gebrauch zu machen und mit Hinweis auf massiv geänderte ökonomische Rahmenbedingungen in neue Erörterungen mit dem Königreich Dänemark über die Planung und den Bau der festen Fehmarnbelt-Querung einzutreten. Diese müssen das Ziel verfolgen, das Projekt nicht zu realisieren. Die Landesregierungen, insbesondere von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg, fordern wir auf, die Bundesregierung bei diesem Vorhaben zu unterstützen.